



HAL
open science

Polnische Besonderheiten

Dorota Dakowska

► **To cite this version:**

Dorota Dakowska. Polnische Besonderheiten. Daniel Gaxie; Nicolas Hubé; Marine de Lassalle; Jay Rowell. Das Europa der Europäer. Über die Wahrnehmungen eines politischen Raums, Transkript, pp.109-114, 2011, 978-3-8376-1626-2. 10.14361/transcript.9783839416266.109 . hal-04629235

HAL Id: hal-04629235

<https://hal.science/hal-04629235v1>

Submitted on 28 Jun 2024

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Polnische Besonderheiten

DOROTA DAKOWSKA

Wie in anderen europäischen Fällen finden wir unter den polnischen Bürgern Grundeinstellungen, die im Großen und Ganzen den wichtigsten von Daniel Gaxie in der vorliegenden Arbeit dargestellten Idealtypen entsprechen. Wir werden hier jedoch einige Besonderheiten erwähnen, die wir bei den in Polen durchgeführten Untersuchungen festgestellt haben, und die die idealtypische Charakterisierung dieser Grundeinstellungen ergänzen, ja sogar nuancieren. Eine kurze Erklärung dieser Variationen soll im Folgenden dargestellt werden.

Eine Nuance könnte in Bezug auf den Idealtyp der *synoptischen Implikation* zu der Feststellung beigetragen werden, dass für diese Befragten Europa häufig auf die EU verweist. Die Unterscheidung „Europa“ (im geographischen, kulturellen Sinn) versus „Europäische Union“ (das gemeinschaftliche Europa, gegründet auf die wirtschaftliche Integration und eine Gesamtheit von politischen Maßnahmen auf sektorieller Ebene) scheint im polnischen Fall schwerer zu wiegen als im französischen Fall, wo diese beiden Begriffe häufiger in einen Topf geworfen werden. Ähnlich wie im deutschen Fall ruft die Ambivalenz des Verweises auf „Europa“ bei den eher gebildeten Probanden häufig eine Bitte um die Klärung des Sinns der Frage hervor. Die Ausprägtheit dieser semantischen Unterscheidung veranlasst die Befragten aller Kategorien dazu, von „der Union“ zu sprechen, was das Spiel mit der Polysemie des Begriffes „Europa“ weniger einfach macht.¹ Die Erfahrung der Zugehörigkeit zum Ostblock und die Tatsache, dass der EU-Beitritt noch nicht

1 Hierbei muss man hinzufügen, dass auch die Interviewer aufgrund dieser Unterscheidung im Gebrauch dazu neigen – nach den ersten Fragen, die sich auf „Europa“ beziehen – die EU expliziter in der Fragestellung zu erwähnen, als dies in Frankreich der Fall ist.

allzu lange her ist, tragen vermutlich zur Aufrechterhaltung dieser Unterscheidung bei.²

Außerdem ist die Augenfälligkeit der politischen Themen je nach Land variabel. Manche von ihnen lassen sich nicht unmittelbar auf den polnischen Fall übertragen, andere dagegen schon, allerdings weniger allgemein als in Frankreich. Die Kenntnis des Schengener Abkommens beispielsweise, die im französischen Fall der synoptischen Implikation zugeordnet wird, kann in Polen nicht als Determinante für diesen Typus betrachtet werden. Aufgrund der Mediatisierung der Ausweitung des Schengen-Raums auf Polen zum Zeitpunkt der Untersuchung sind dort schließlich die meisten Befragten in der Lage, die Prinzipien der Reisefreiheit innerhalb dieses Raumes zu erkennen. Dies erklärt sich vermutlich auch durch die Sensibilität eines Großteils der Bevölkerung für die Modalitäten des Grenzübertritts, die mit den Restriktionen von vor 1989 zu tun hat. Im Gegensatz dazu ist die Bolkestein-Richtlinie, die in Frankreich im Verlauf der Debatte über den Verfassungsvertrag öffentlich diskutiert wurde, in Polen selbst den am besten informierten Segmenten der Bevölkerung nach wie vor unbekannt.

Auf der Basis von 120 Interviews lassen sich dagegen nur sehr wenige Befragte dem Modus der *klar eingegrenzten Implikation* annähern. Zwar erwähnen Landwirte, eine Lehrerin, die sich für Austauschprogramme für Jugendliche interessiert, und sogar ein Fernfahrer „präzise und vertraute Interventionen“ der EU. Allerdings beschränken sich diese Probanden nur selten auf diese Feststellungen; sie antworten auf andere Fragen, denen sie eine positive oder negative Bedeutung verleihen können. So zeigt sich eine 59-jährige Landwirtin äußerst zufrieden mit den bescheidenen europäischen Subventionen, die es ihr erlaubt haben, „ihren Bauernhof zu retten“; zur Schengen-Zone befragt, findet sie die Möglichkeit, sich frei zu bewegen „wirklich gut für diejenigen, die reisen“. Die Tatsache, dass sich nur wenige Befragte zu Ungunsten eines anderen Aspekts, an dem sie weniger stark Anteil nehmen, auf einen präzisen Aspekt konzentrieren, könnte daran liegen, dass in diesem neuen Mitgliedsstaat die Bevölkerungsgruppen, die stark von den gemeinschaftlichen Fonds abhängig sind – und deren berufliche Sozialisierung auf der Beherrschung von in ihrem Sektor gültigen Normen beruht – nicht das gleiche Gewicht wie in Frankreich haben.

In den Interviews, die sich dem Typus der *Bewertung aus der Distanz* annähern, findet man eine Äußerung der Antworten in einem Negativmodus wieder, ohne dass sich das Urteil eindeutig auf die EU bezieht. Es drückt meist eine Politikverdrossenheit und eine kritische Bewertung der eigenen materiellen Situation aus. Eine obdachlose Mutter (31 Jahre, Inhaberin eines Hauptschulabschlusses) hat nicht viel zum Thema EU zu sagen; die einzige

2 Siehe Kapitel 5.

mit dem Beitritt verbundene Veränderung, die sie wahrnimmt, sind die Renovierungen: „Es ist Geld da, sie renovieren die Häuser in ihrer Nähe, in der Nähe vom Rathaus“, sie bedauert jedoch vor allem das Fehlen von Sozialwohnungen und die Einzelkämpfermentalität. Die relative Sichtbarkeit der Auswirkungen des Beitritts könnte hingegen erklären, warum einige politisch desinteressierte Individuen, die der Kategorie der *nicht negativen Bewertung aus der Distanz* nahestehen, nicht systematisch vor den Fragen, die sich auf Europa beziehen, kapitulieren. Unter diesen Befragten sind einige in der Lage, Gründe aufzuzählen, warum ihnen die EU als eine positive Sache erscheint. So erwähnt eine pensionierte Kellnerin spontan die Subventionen für die Landwirte, den Straßenbau und die verbesserten Lebensbedingungen. Dies hindert sie weder daran, während des gesamten Interviews zu bekunden, dass sie sich inkompetent und von der EU nicht betroffen fühlt, noch daran, auch negative Elemente an der Union wahrzunehmen (sie ist nicht begeistert von der Vorstellung der Öffnung der ausländischen Märkte für die Arbeiter der neuen Mitgliedsstaaten, denn in ihren Augen „müsste es Arbeit in Polen geben“).

Was die *allgemeine begrenzte Implikation* betrifft, so lassen sich eine erhebliche Bandbreite und eine erhebliche Variation der Aussagen feststellen, die mit diesem Grundeinstellungstypus verbunden werden könnten. Der allgemeine, ja sogar zögerliche Charakter der Aussagen und ihre ethische Orientierung finden sich in mehreren Interviews wieder. Doch ist dieses Tasten bei den Antworten, die vage und weit von den Kategorien entfernt sind, die ein Verständnis der politischen oder sektoriellen Dimension der europäischen Integration ausdrücken, nicht das einzige charakteristische Merkmal der Interviews, die dieser Zwischenkategorie nahestehen. Unter diesen letzteren findet man Antworten, die, obgleich sie allgemein bleiben, nicht weniger teilnehmend, ja sogar informiert scheinen, ohne unbedingt die intellektuelle Komplexität der Informationsniveaus und -inhalte oder die Sicherheit im Umgang zu erreichen, die der synoptischen Implikation entsprechen. Ein 53-jähriger Arbeiter erklärt, warum er den EU-Beitritt der Türkei ablehnt: Er spricht von Interessen, die den Interessen Frankreichs und Deutschlands im Bereich von Industrie und Landwirtschaft zuwiderlaufen, und fürchtet die *Rückkehr „zweier Clans“ nach Europa*. Der Besitz eines kulturellen Ersatzkapitals (Ehefrau oder Kinder, die ein Universitätsstudium absolviert haben, gewerkschaftliches Engagement) scheint bei einem Teil der Befragten, die sich diesem Zwischenbereich oder dieser „starken“ Variante der allgemeinen Implikation annähern, eine Rolle zu spielen.³ Insgesamt lassen sich die erwähnten Variationen durch mehrere Gründe erklären.

3 Man könnte sich diesbezüglich fragen, inwieweit die Sozialisierung in einem kommunistischen Regime und die Erfahrung der massiven Proteste gegen letzte-

Die Ausprägtheit des Beitrittsthemas im öffentlichen Raum

Der Kontext und die Dynamiken der politischen und medialen Konstruktion der (seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahre 1998 umstrittenen, um das Referendum von 2003 herum intensiv geführten, aber zum Zeitpunkt der Untersuchung immer noch präsenten) Debatte um den EU-Beitritt erklärt teilweise die Wortmeldungen, die bei den polnischen Befragten beobachtet werden können.⁴ Allgemein wird die EU aus dem Blickwinkel des erst kurz zurückliegenden Beitritts oder der systemischen Transformationen wahrgenommen, je nach Einschätzung der Bedeutung dieser Ereignisse für den biographischen Werdegang der Befragten. Diese die Umstände betreffenden Faktoren ermöglichen es, zu erklären, warum die Reaktionsfähigkeit der polnischen Probanden verhältnismäßig stark ausgeprägt ist, obwohl sich ihr Informationsniveau nicht fundamental von demjenigen der anderen europäischen Bürger unterscheidet. Egal, ob es sich um eine positive oder negative Bewertung handelt – häufig gehen die beiden Hand in Hand – ist eine große Zahl der Befragten in der Lage, deutlich sichtbare Auswirkungen des Beitritts in ihrer täglichen Umgebung aufzuzählen.⁵ Ein Bazar-Verkäufer mit einer technischen Berufsoberschulausbildung bekräftigt: „Alles geht so schnell voran, das ist der Wahnsinn. Übrigens ändert es sich nicht dort bei denen, nein, hier bei uns in Polen ändert sich alles“. Die EU erscheint als eine Gelegenheit, ins Ausland zu reisen, im Ausland zu arbeiten und als „eine Chance für die Jugend“. Doch weckt die Öffnung der Grenzen auch Angst vor der organisierten Kriminalität oder vor der Abwanderung der Arbeitskräfte. Die Aussicht der Euro-Einführung stößt bei sehr vielen Befragten auf Zurückhaltung. Als Entwicklungsfaktor begriffen, nimmt die EU durch ihre konkreten Errungenschaften Gestalt an: Straßen, Brücken, Ausbildungsprogramme. Im Gegensatz dazu erwähnen einige Befragte die Schließung von Fabriken und die Präsenz von ausländischen Firmen, die ihre Gewinne zurück zu den Hauptsitzen in ihren Heimatländern transferieren. Im Allgemeinen werden die sozialen Probleme (Arbeitslosigkeit, niedrige Renten) selten der EU angelastet, sondern eher der polnischen Regierung.

res in den 1970er und 1980er Jahren möglicherweise zur Politisierung mancher Arbeitergruppen beigetragen haben.

- 4 Bereits die alte Debatte über Europa, die sich um das Gegensatzpaar Modernität/Rückständigkeit herum äußerte, neigte dazu, Europa mit dem Westen zu assoziieren; die Debatte über den EU-Beitritt übernimmt diese Diskurse teilweise (Horolets 2006).
- 5 Was die Informationsquellen betrifft, so können diejenigen, die sich nicht für Politik interessieren, Vermittler erwähnen, wie einen Dorfgeistlichen, der an die Landwirte appellierte, ihr Misstrauen zu überwinden und Anträge auf europäische Finanzhilfen einzureichen

Der eingeholte Westen: „Normalität“ oder Weiterbestehen der Unterlegenheit?

Im Gegensatz zur kommunistischen Vergangenheit, „als wir Bürger zweiter Klasse waren“, wie es ein polnischer Arbeiter formuliert, wird der Beitritt von manchen Befragten wie eine historische Revanche, eine Rückkehr zur „Normalität“ erlebt: „Wir fühlen uns jetzt wie normale Europäer und wir wollen normal behandelt werden“. Diese „Normalität“ entspricht dem Streben danach, in den Genuss der gleichen Rechte zu kommen (ja sogar den gleichen Lebensstandard zu erreichen) wie die Bewohner Westeuropas. Gleichzeitig lässt sich aus den Interviews eine immer wieder auftretende Furcht ablesen, innerhalb der erweiterten EU als „Bürger zweiter Klasse“ angesehen zu werden. Dies ging insbesondere aus den Interviews hervor, die mit den Vertretern der sozial niedrigen Kategorien durchgeführt wurden. Davon zeugen die Ausdrücke: „aus der Dritten Welt“, „wir gehen nicht vom gleichen Niveau aus“, „der Pole wird immer der Neger der anderen sein“.

Die EU: ein einengendes Kräfteverhältnis

Die Wahrnehmung der EU ist zwiespältig. Eine große Anzahl der Befragten nimmt die EU als von einem Kräfteverhältnis durchlaufen wahr, von dem die mächtigen Staaten, die ehemaligen Gründungsmitglieder, profitieren. Polen erscheint ihnen somit als ein politisch schwaches Land, das wirtschaftlich hinterher hinkt und das Gefahr läuft, sich nachteilige Entscheidungen auferlegen zu lassen. Die europäischen Normen stoßen bei vielen Befragten auf Zurückhaltung. Gleichzeitig kann die einengende Macht der EU als eine Gelegenheit interpretiert werden, die es erlaubt, die Lücken der nationalen politischen Maßnahmen, die als ineffizient angesehen werden, auszugleichen. Genau wie im italienischen Fall hoffen mehrere Befragte, dass die EU den polnischen Staat „zwingen“ wird, sich eingehender mit den sozialen Fragen auseinanderzusetzen, sich um die Umwelt zu kümmern und die Qualität des öffentlichen Dienstes zu verbessern.

Diese wenigen Beobachtungen erlauben es, die Bedeutung des Kontextes bei der Strukturierung der Grundeinstellungen zu Europa in einer Interviewsituation zu unterstreichen. Im polnischen Fall scheinen die Auswirkungen des Beitritts und seiner Mediatisierung, sowie die Erfahrung des Regimewechsels stark ins Gewicht zu fallen. Man müsste außerdem die Auswirkungen hinzufügen, die die Umstände betreffen: Zum Zeitpunkt der Untersuchung war die polnische Wirtschaft von der Finanzkrise relativ verschont geblieben, die Inflation war niedrig und die Katastrophenszenarien, die einige politische Gruppierungen vor dem Beitritt ausgemalt hatten, waren nicht eingetreten. Diese

Faktoren helfen dabei, die häufig positive Orientierung der Argumente und Feststellungen zu verstehen, die derjenigen eines jungen Juristen aus Warschau ähnlich sind, der 2003 gegen den Beitritt seines Landes zur EU gestimmt hatte: „Der Himmel ist uns nicht auf den Kopf gefallen“.